

Sehr geehrter Herr Wilke,

danke, dass Sie an dieser Stelle noch einmal nachfassen.

Da ich, wie alle AfD-Kandidaten, kein Berufspolitiker bin, antworte ich Ihnen im Rahmen meiner zeitlichen Möglichkeiten.

Die sozialpolitischen Forderungen der ARGE Freie München greifen zum Teil konkrete Forderungen zu recht speziellen Themengebieten auf, z.B. bezogen auf Pflegeleistungen für demenziell Erkrankte, enthalten allerdings auch sehr allgemeine Forderungen wie die "Einführung einer gerechten Steuer- und Finanzpolitik".

Ich bin gerne bereit, den Darstellungen Ihrer Fachleute zuzuhören und mir auch anderweitig Fachexpertise heranzuziehen, um an Problemlösungen mitzuwirken.

Ihren an mehreren Stellen erhobenen Forderungen nach bürokratiearmen Lösungen und nach Rechtssicherheit stimme ich grundsätzlich zu, ohne derzeit im Detail Zusagen zur Art der jeweiligen Lösung machen zu können, die ich gerne anstreben würde.

Bezüglich der Wohnungsnot halte ich es für wichtig, den Blick auch für die größeren Zusammenhänge offenzuhalten. Neben Maßnahmen zur Stimulierung des Wohnungsbaus (sowohl gefördert als auch freifinanziert) ist hier auch eine Zuzugsbegrenzung durch eine weitsichtige Migrationspolitik wichtig, die Flüchtlingen auf globaler Ebene möglichst heimatnahe Zufluchtsmöglichkeiten mit Rückkehrperspektive anbietet. Hierzu müssen wir auch aus Deutschland unseren Anteil beitragen. Das wird auch ein Beitrag zur Verringerung des Konfliktpotenzials in unserer Gesellschaft und damit zum sozialen Frieden sein. Eine Förderung des freifinanzierten Wohnraums wird nur in geringerem Umfang zum Erfolg führen, wenn regulative Instrumente in verschärftem Maße die Finanzierung durch Erträge in Frage stellen.

Bezogen auf Vermögens- und Erbschaftssteuer darf ich darauf hinweisen, dass es weitere Gerechtigkeitsaspekte gibt, die erwähnt zu werden verdienen.

Gerade die besonders Reichen haben Gestaltungsmöglichkeiten durch das Errichten von Stiftungen, Vermögenstransfer ins Ausland usw., die es ihnen möglich machen, diesen Steuern häufig zu entgehen.

Wirklich betroffen wäre der Mittelstand bzw. (bei der Vermögensteuer) der gehobene Mittelstand. Gerade dann stellt sich dann die Frage nach der Gerechtigkeit von Steuern, die bereits versteuertes Geld nochmals zur Versteuerung heranziehen. Bei einer Vermögensteuer gibt es bekanntlich große Schwierigkeiten, sie verfassungsgemäß zu gestalten.

Ich hoffe, dass Sie diesen Text gut für Ihren Zweck verwenden können!

Mit freundlichen Grüßen,

Wolfgang Wiehle

AfD-Direktkandidat im Bundeswahlkreis 219 München-Süd